

An  
die Bundestagsabgeordneten  
Elke Ferner (SPD)  
Anette Hübinger (CDU)  
Thomas Lutze (Die Linke)  
Markus Tressel (Bündnis 90 / Die Grünen)  
sowie  
Ministerin Monika Bachmann

Saarbrücken, den 26.08.2015

## Offener Brief

- des Klinikums Saarbrücken
- des CaritasKlinikums Saarbrücken
- der SHG-Kliniken Sonnenberg (Saarbrücken)
- des Evangelischen Stadtkrankenhauses Saarbrücken

**zum Entwurf des Krankenhausstrukturgesetzes, wie es von der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen eingebracht worden ist.**

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

der Entwurf eines Krankenhausstrukturgesetzes wird seinem Anspruch, die Patientenversorgung auf stabile Füße zu stellen und die Qualität der Krankenhausbehandlung nachhaltig zu verbessern, absolut nicht gerecht. Vielmehr werden die Regelungen des Gesetzes dazu führen, dass die Leistungsfähigkeit unserer Krankenhäuser ausgehöhlt wird.

Allein die vorgesehene Streichung des Versorgungszuschlags bedeutet für unsere vier Kliniken einen wirtschaftlichen Verlust von 1,7 Mio. Euro pro Jahr – ohne dass wir unsere Leistung verringern würden. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Mengensteuerung werden unsere vier Krankenhäuser noch einmal mit Einbußen von wenigstens 1,7 Mio. Euro im Jahr treffen. Das bedeutet, dass wir – umgerechnet auf Pflegekräfte - 62 Stellen in der

Pflege nicht mehr bezahlen könnten. Das im Gesetzentwurf vorgesehene Pflegestellenförderprogramm führt aber für unsere vier Häuser zusammen nur zu 6,5 neuen Stellen im Jahr. Eine Reihe anderer Maßnahmen können wir heute noch nicht seriös beziffern, müssen uns aber darauf einstellen, dass wir noch mehr Geld verlieren werden.

Ob und wie stark wir von Zuschlägen für gute Qualität profitieren, ist heute noch gar nicht absehbar. Diese sollen erst ab 2019 gezahlt werden. Vorher hat man uns aber mit diesem Gesetzentwurf bereits die Luft abgeschnürt. Deshalb sagen wir: diese Reform ist ein Etikettenschwindel und schadet der Patientenversorgung wie auch der Qualität der Krankenhausbehandlung.

Wir fordern deshalb die Saarbrücker Bundestagsabgeordneten und die saarländische Landesregierung auf, sich in den parlamentarischen Beratungen für die folgenden Punkte stark zu machen:

- die Belastung des Krankenhauspersonals muss reduziert werden;
- die Tarifsteigerungen unserer Mitarbeiter müssen uns von den Krankenkassen vergütet werden;
- die Finanzausstattung der Krankenhäuser - auch im Bereich der Finanzierung der Investitionen - muss endlich auf solide Füße gestellt werden;
- der Versorgungszuschlag muss dauerhaft erhalten bleiben;
- die Krankenhäuser brauchen eine auskömmliche Finanzierung der von ihnen erbrachten Notfallversorgung;
- die Krankenhäuser müssen sich auf die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft vorbereiten können;
- die neutralen und fachlich anerkannten Landesgeschäftsstellen für Qualitätssicherung (im Saarland das QBS) sollen mit den notwendigen Qualitätskontrollen in den Krankenhäusern beauftragt werden.

Gerne möchten wir Sie einladen, mit uns in den Dialog zu treten, im Gespräch ist Vieles leichter zu erklären. Wir würden uns freuen, wenn Sie uns besuchen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Dr. Susann Breßlein  
Geschäftsführerin  
Klinikum Saarbrücken  
gGmbH

Raphael Lunkenheimer  
Geschäftsführer  
Caritas Trägergesellschaft  
Saarbrücken

Dr. Kurt Wahrheit, Alfons Vogtel  
Geschäftsführer  
Saarland-Heilstätten  
GmbH

Joachim Krekel  
Geschäftsführer  
Saarland Kliniken  
kreuznacher diakonie